



Maintal, 16. Juni 2015

Presseerklärung des vdää und der IPPNW

Humanitäre Krise in Griechenland: Deutsche Ärzte-Delegation fordert Stopp der drastischen Sparpolitik

Deutsche Ärztinnen und Ärzte fordern die Bundesregierung auf, die Austeritätspolitik zu stoppen. Der griechischen Regierung soll die Möglichkeit gegeben werden, der humanitären Katastrophe in ihrem Land zu begegnen. Der Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte (vdää) hat vom 3.-6. Juni eine Delegationsreise nach Athen organisiert. Die 25 Mitglieder des vdää und der IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung) waren schockiert über das Ausmaß der humanitären Krise in Griechenland: Sparpolitik und die darauf folgende grassierende Arbeitslosigkeit haben jeden dritten Griechen aus der Krankenversicherung ausgeschlossen.

Im Gesundheitswesen herrscht ein eklatanter Personalmangel, da aufgrund der Austeritätspolitik kein Fachpersonal eingestellt werden kann. Die absurden Folgen des Sparzwangs waren beim Besuch des General Hospital of Athens "G. Gennimatas" nicht zu übersehen: Patienten mit unterschiedlichsten psychiatrischen Diagnosen mussten auf dem Flur nächtigen, während das neue Stockwerk direkt über der überfüllten Station leer steht. Die Möblierung könne nicht bezahlt und das zur Versorgung der PatientInnen notwendige Personal nicht eingestellt werden, so Dr. Diallina, die Chefärztin der Abteilung

Für die mehr als drei Millionen Menschen in Griechenland ohne Krankenversicherung sind lebensnotwendige Medikamente wie z.B. Insulin oder Krebsmittel nicht mehr erschwinglich. Steigende Säuglingssterblichkeit, steigende Zahlen von HIV, Tuberkulose, erste Malariafälle und ein drastischer Anstieg von schweren Depressionen sind die Folge. Wegen der gestiegenen Arbeitslosigkeit und der Armut werden immer mehr Menschen obdachlos. Dass die Troika die schwere Krise des Gesundheits- und Sozialsystems völlig ausblendet, können die Ärztinnen und Ärzte nur als menschenverachtend bewerten. „Gesundheits-, Bildungs- und Sozialpolitik müssen vor Schuldendienst stehen, deshalb fordern wir den Stopp der maßgeblich von der deutschen Regierung voran getriebenen tödlichen Austeritätspolitik“, so Dr. Wulf Dietrich (vdää). „Das Recht auf Gesundheit ist ein Menschenrecht, das gilt für alle Menschen“, so die IPPNW-Ärztin Dr. Angelika Claußen.

*Prof. Dr. Wulf Dietrich (Vorsitzender des vdää)
Dr. Angelika Claußen (Europäische Vorsitzende der IPPNW)*

Hintergrund

Die Krise Griechenlands mit unfassbaren Milliarden Schulden und Forderungen der Kreditgeber nach weiteren Einschnitten in die Sozialsysteme beherrschen die Nachrichten. Aber wie wirkt sich die von den Geldgebern eingeforderte Sparpolitik ganz unten, bei den Menschen aus? Um sich dieser Frage anzunähern, hat der Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte (vdää) vom 3.-6.Juni eine Delegationsreise mit 25 Mitgliedern des vdää und der IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung) nach Athen unternommen. Ziel der Reise war, sich vor Ort ein Bild von den Auswirkungen der europäischen Austeritätspolitik auf die Menschen zu verschaffen und bestehende Kontakte und Partnerschaften mit griechischen Aktivistinnen und Aktivisten zu intensivieren.

Seit Ausbruch der globalen Finanzkrise im Jahr 2008 hat sich die gesundheitliche Lage der griechischen Bevölkerung kontinuierlich verschlechtert.¹ Durch die grassierende Arbeitslosigkeit stieg die Anzahl von Menschen ohne Krankenversicherung und Zugang zum Gesundheitswesen aktuell auf etwa 25-30% der Bevölkerung, d.h. ca. 3 Millionen Menschen. Es herrscht ein eklatanter Personalmangel in der Gesundheitsversorgung, weil aufgrund der Austeritätspolitik kein Fachpersonal eingestellt werden kann. So sah die Delegation beim Besuch des General Hospital of Athens "G. Gennimatas" Patienten mit unterschiedlichsten psychiatrischen Diagnosen, die auf dem Flur nächtigen mussten. Die Chefärztin, Dr. Maria Diallina, demonstrierte die absurden Folgen der Sparzwanges: Das neue Stockwerk direkt über der überfüllten Station steht leer. Die Möblierung könne nicht bezahlt und das zur Versorgung der PatientInnen notwendige Personal nicht eingestellt werden, so Dr. Diallina.

It is so easy to be on the other side...

Aktuell lebt etwa ein Viertel der griechischen Bevölkerung unter der Armutsgrenze, während weitere 37% von Armut bedroht sind.² 25% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sind arbeitslos, in der Altersgruppe bis 25 Jahre sind es sogar über 50%.³ Viele Familien sind aufgrund der Arbeitslosigkeit auf die Rente der Großeltern angewiesen. In dieser Situation fordern die „Institutionen“ (als die Troika aus Europäischer Zentralbank, Europäischer Kommission und Internationalem Währungsfonds) eine weitere Kürzung der Renten; diese wurden im Zuge der Krise aber bereits um 40% gekürzt. Nach einem Jahr Arbeitslosigkeit verlieren die Menschen ihren Schutz durch die Krankenversicherung, viele sind zudem vom Verlust ihrer Wohnung bedroht. Ein Stadtrundgang mit zwei Obdachlosen verdeutlichte das auf drastische Art: „Homelessness is just two rents away“. Immer wieder schilderten uns von Armut Betroffene das Gefühl, dass es Jeden und Jede treffen kann: „It's so easy to be on the other side“.

Unter dem Druck der Krise sind in vielen griechischen Städten und Gemeinden Strukturen der Selbsthilfe und Solidarität entstanden. Bekanntes Beispiel sind die sogenannten „Solidarity Clinics“, die nicht nur die Basisgesundheitsversorgung der Menschen ohne Zugang zum Gesundheitswesen übernehmen, sondern auch Unterstützung in anderen Bereichen des alltäglichen Lebens bieten. Formal illegal, kommt diesen Einrichtungen für die ambulante Versorgung eine hohe Bedeutung bei der sozialen Sicherung der Menschen zu. Dr. Giorgios Vichas, ein Kardiologe und Mitgründer der Metropolitan Clinic in Elliniko/Athen, zeigte der Delegation auf beeindruckende Weise, wie der Widerstand von unten gegen die Auswirkungen der Krise in Griechenland solidarisch organisiert wird.

¹ Die epidemiologischen Daten sind u.a. hier dokumentiert: Kentikelenis, A. et al.: „Health effects of financial crisis: omens of a Greek tragedy“, The Lancet 378 (9801), 1457 – 1458, 2013; Kentikelenis, A., Karanikolos, M., Reeves, A., McKee, M., & Stuckler, D.: „Greece's health crisis: from austerity to denialism“, The Lancet 383(9918), 748-753, 2014

² Siehe hierzu die englische Homepage der Klinik in Elliniko: <http://www.mkiellinikou.org/en/>

³ <http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php>

Im September soll der diesjährige EU-Bürgerpreis der solidarischen Klinik in Elliniko für das Engagement gegen eine humanitäre Krise verliehen werden. Ein bitterer Zynismus, bedenkt man, dass gerade die Sparpolitik der EU erst die Einrichtung dieser Praxis notwendig machte.

Flüchtlingskrise

Die humanitäre Krise in Griechenland wird dramatisch verschärft durch die hohe Anzahl von Geflüchteten – nach Angaben von unseren Gesprächspartnern vor Ort kommen aktuell etwa 500 Menschen täglich vom türkischen Festland auf griechischen Inseln an. Ein erfolgreiches Asylverfahren ist aussichtslos, da Asylanträge nur an einer unterbesetzten Behörde in Athen gestellt werden können. Hunderttausende Geflüchtete, die kein Verfahren beantragen, leben ohne jede Hilfe auf der Straße und müssen auf einen Transit in andere EU-Staaten hoffen. Dass diese Menschen in die Illegalität gedrängt und ohne jegliche sozialstaatliche Fürsorge sich selbst überlassen werden, ist ein unhaltbarer Zustand.

Solidarität mit Griechenland ist nötiger denn je!

Der politische Druck auf die griechische Regierung seitens der deutschen Regierung, der EU und des IWF verschlimmert die Situation der Menschen vor Ort ganz konkret, nicht nur wegen der Zurückhaltung der ausstehenden Zahlungen sondern auch durch die Ablehnung eines Maßnahmenpaketes schneller Hilfe, das die SYRIZA-Regierung nach ihrem Wahlsieg vorgelegt hatte. Das „fiskalische Waterboarding“ (Yanis Varoufakis) der EU-Institutionen verursacht eine sehr große Planungsunsicherheit im Sozial- und Gesundheitswesen, da Ressourcen und Mittel nicht bedarfsgerecht eingesetzt werden können, sondern zugunsten des Schuldendienstes auf Druck der EU zurückgehalten werden. Die Klinik in Elliniko rechnet vor, dass alleine im Gesundheits- und Bildungswesen Kürzungen in Höhe von 6,4 Milliarden Euro vorgenommen wurden; diesen stehen 69,4 Milliarden Euro gegenüber, die der griechische Staat in einem einzigen Jahr an die Gläubiger gezahlt hat.

Es ist bewundernswert, wie sich unter diesen Bedingungen der sozialen Repression Hilfe und Widerstand von unten formieren. Die Delegation des vdää war tief beeindruckt von den Menschen vor Ort, die z.B. unversicherte HIV-Erkrankte oder psychisch Kranke unter unglaublichen Verhältnissen therapieren. Immer wieder wurde dabei deutlich, dass es ihnen nicht darum geht, aus Deutschland Almosen zur Abfederung der Austeritätsfolgen zu erhalten. Stattdessen muss es für gesundheitspolitisch aktive Menschen in Deutschland gelten, Druck auf die eigene Regierung auszuüben, um den Kurs der tödlichen Austeritätspolitik zu stoppen.

Eine Chance dazu besteht an der Demonstration am 20. Juni in Berlin unter dem Motto: „Europa. Anders. Machen. demokratisch – solidarisch – grenzenlos“⁴, zu der auch der vdää aufruft.

Der vdää und die IPPNW fordern:

Gesundheits-, Bildungs- und Sozialausgaben vor Schuldendienst!

Freie Hand für alle Maßnahmen der griechischen Regierung, der humanitären Katastrophe zu begegnen.

Stopp der maßgeblich durch Deutschland vorangetriebenen tödlichen Austeritätspolitik.

⁴ Den Aufruf dazu finden Sie hier: <http://europa-anders-machen.net/aufruf>